**'mi'-Expertengespräch zur Energiepolitik**

mit

MdB Dr. Klaus Wiener (KW) und Manfred Haferburg (MH)

Moderation: Dr. Gregor Kuntze-Kaufhold (mi)

am 28.03.2024

von 17h bis 17h45

**mi:** Willkommen zum 'markt-intern'-Expertengespräch zur Energiepolitik. Im Vordergrund unseres heutigen Dialoges steht die Frage der Nutzung der Atomenergie. Dabei interessiert uns die Expertenmeinung zur Stilllegung und zum Rückbau von Isar 2 ganz besonders, aber auch das CDU-Grundsatzprogramm im Verhältnis und in der Frage, wie es zur Nutzung der Kernenergie steht.

Ich freue mich sehr, dass wir einen Dialog zwischen Technologie und Politik haben mit zwei Hochkarätern, wenn ich so sagen darf. Und ich möchte sie kurz vorstellen. Ganz herzlich begrüße ich Herrn Haferburg. Herr Haferburg, Sie sind, man kann es wohl so zu sagen, einer der weltweit renommiertesten Experten für die friedliche Nutzung der Atomenergie. Sie haben in mehr als 120 Atomkraftwerken weltweit gearbeitet. Das sind wohl, wenn ich es richtig verstanden habe, ungefähr zwei Drittel aller existierenden Anlagen. Sie wurden, das möchte ich gerne hinzufügen, berühmt für die Rettung der Stromversorgung in der DDR. Und zwar während der Schnee-Katastrophe 1978-79. Da waren Sie Schichtleiter im Kernkraftwerk Greifswald und haben das Werk erst nach einem 70-Stundendienst verlassen. Sie wurden als letzter mit dem Hubschrauber ausgeflogen. Das zu Ihrer Person. Ich denke, dass das so zutreffend ist?

**MH:** Das passt alles, was Sie da sagen.

**mi:** Ich halte das für wichtig, weil es eben auch zeigt, dass Ihnen die Technik ein, wenn man so sagen darf, Herzensanliegen ist. Man könnte vielleicht noch zu Ihrer Person ergänzen, dass Sie in der DDR Schwierigkeiten bekommen haben, weil Sie als zu unpolitisch galten. Mittlerweile ist es vielleicht so, dass Sie heute eher Schwierigkeiten haben, weil Sie als zu politisch gelten, denn Sie mischen sich lebhaft in die Debatten ein. Aber das werden wir ja vielleicht gleich noch sehen.

**MH:** (schmunzelt) Vielen Dank für die Einladung.

**mi:** Genauso freue ich mich über Herrn Dr. Klaus Wiener. Herr Dr. Wiener, Sie sind Energieanalagenelektroniker. Das ist jetzt vielleicht nicht so weit entfernt von einem Schichtleiter in einem Kernkraftwerk. Ich vermute, da hätte man schon vermutlich noch etwas dazu machen oder draufpacken müssen. Aber vom Grundverständnis her, für mich als Laien geht das schon in die gleiche Richtung. Was ich damit sagen will: Man darf Sie als energiepolitischen Experten ansprechen. Sie bringen aber noch eine andere Dimension mit, nämlich Studium und Promotion im Bereich Volkswirtschaft. Sie haben 23 Jahre als Chefvolkswirt gearbeitet. Und sind jetzt nochmal ganz frisch, glaube ich, in den Bundestag gewechselt.

**KW:** Genau.

**mi:** Und mischen jetzt also im Bundestag mit und vielleicht den Bundestag ein bisschen auf. Sie sind, wenn ich richtig sehe, im Umweltausschuss?

**KW:** Ja, und Wirtschaft. Die beiden. In der Hauptsache.

**mi:** Und Wirtschaft, ja. Aber Sie sind durchaus auch ein Energie-Experte, wenn ich so sagen darf. Sie haben sich hervorgetan als Kritiker der Energiepolitik der Bundesregierung. Und Sie haben auch Beiträge gebracht zur Sicherheit der Energieversorgung.

**KW:** Ja.

**mi:** Wenn ich jetzt überleiten darf zur ersten kleinen Fragerunde: Auf einem Forum, das am 3. November 2023 in Haan stattgefunden hat, hat Ihr Fraktionskollege Herr Heilmann sich dafür ausgesprochen, die Atomkraft an ausgewählten Standorten weiterlaufen zu lassen. Es sei ein schwerer Fehler, dass die Bundesregierung das nicht getan habe. Können wir da einen Umdenkprozess konstatieren bei der CDU, und wenn ja, wie weit geht der?

**KW:** Ich würde das gar nicht nur an einer Person festmachen. Wir haben auch aus dem Umweltausschuss heraus, wo wir das Thema uns ja auch angesehen haben, damals, als es um die Energiekrise ging, kurz nach dem Angriffskrieg, den Russland auf die Ukraine begangen hat, relativ schnell gesehen, dass wir ein Energieproblem haben. Und wir haben dann auch sehr schnell dafür geworben, dass wir die drei Atomkraftwerke, die noch am Netz waren, und die drei, die gerade abgeschaltet waren, am 31. Dezember 2021, dass wir die weiternutzen. Wie lange? Das hätte man sehen können, je nachdem, wie dann auch der Fortschritt bei dem Bezug alternativer Energien gediehen ist. Aber die hätte man weiter nutzen sollen für unseren Geschmack, weil diese sechs Atomkraftwerke insgesamt 70 Terawattstunden elektrische Arbeit bereitgestellt hätten, und wir wissen von den energieintensiven Industrien in Deutschland, dass der jährliche Verbrauch bei 75 Terrawattstunden liegt, und damit hätten wir eigentlich den Bedarf, den die energieintensiven Industrien haben, zu Grenzkosten von zwei bis drei Cent pro Kilowattstunde decken können. Deswegen waren wir dafür, einen Weiterbetrieb vorzunehmen. Das ist eine pragmatische Entscheidung gewesen vor dem Hintergrund der Energiekrise. Wie stehen wir ganz grundsätzlich aktuell zur Nutzung der Atomenergie? Da unterscheiden wir zwischen der Technik, die gerade verwendet wird mit den großen Kernkraftwerken, mit den Leichtwasser-gekühlten Kernkraftwerken, und dem, was an Weiterentwicklung gerade passiert. Und da sind wir der Auffassung, dass ein Neubau von Kernkraftwerken der bestehenden Technologie keinen Sinn macht. Das ist zu teuer, das dauert zu lange. Was wir aber befürworten, und deswegen steht auch in unserem Grundsatzprogramm der Satz "Wir können auf die Option Kernkraft nicht verzichten", dass wir uns neueren Entwicklungen nicht verschließen. Da denke ich vor allem an die SMRs, also an die kleinen modularen Reaktoren. Und wenn man mal ein bisschen weiter in die Zukunft blickt, gibt es noch Weiterentwicklungen, wo man vielleicht sogar den Atommüll vergangener Jahre auch wieder nutzen könnte, den Abfall.

Und, Zukunftsmusik, aber als Industriestandort sollten wir auch dabei sein, die Frage der Kernfusion. Zumindest im Bereich der Forschung sollten wir auch tätig sein. Das ist eigentlich der aktuelle Stand, was die 3 plus 3-Lösung angeht. Aus der Situation der Energiekrise heraus, dann, was den Blick nach vorne angeht, Offensein für Weiterentwicklungen, wir plädieren ja auch für Technologieoffenheit. Aber schlechterdings kann ich mir nicht vorstellen, dass wir jetzt nochmal einsteigen und ganz neu Kernkraftwerke der bestehenden Generation bauen, weil sie eben, wie gesagt, sehr teuer sind. Wir erleben ja auch gerade in Großbritannien, wie schwer man sich tut, das Projekt abzuschließen, wie teuer das Ganze ist, auch in Frankreich.

Insofern ja, es gab eine gewisse Umdenke. Auch weil, das würde ich gerne noch anfügen, wenn man an 2011 denkt, auch an die öffentliche Meinung, das Thema Sicherheit allen voran das wichtigste war. 80% der Deutschen waren ja damals gegen einen Weiterbetrieb. Aber wir sind heute im Jahr 2024 und da spielen andere Faktoren auch eine Rolle. Ich nenne hier die CO2-Situation, den CO2-Ausstoß, und da sind eben Kernkraftwerke besser als Kohlekraftwerke. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Und es geht bei der Energie auch um Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit.

**mi:** Jetzt haben Sie mit dem Faden, den die Maus abbeißt oder nicht abbeißt, ein wichtiges Stichwort geliefert. Dazu möchte ich gleich kommen, nämlich als Fadenriss – das wäre das Stichwort, das ich Herrn Haferburg zuspielen möchte. Nur ganz kurz davor nochmal, um es richtig verstanden zu haben: Sie sagen, kein Neueinstieg in die Kernkraft. Kein Neubau von Kernkraftwerken.

**KW:** Auf Basis der bestehenden Technologie.

**mi:** Auf Basis der bestehenden Technologie. Aber auch kein Komplett-Ausstieg.

**KW:** Ja, wie gesagt: Wir hätten dafür geworben, dass wir die drei, die wir bis vor kurzem noch hatten, Isar 2 ist das Stichwort, Emsland, Neckar-Westheim – das waren Kernkraftwerke, die nicht alt waren, 35 Jahre, wir wissen aus anderen Ländern, dass man Kernkraftwerke dieser Technik auch viel länger noch nutzen kann. Wir hätten in der Krise pragmatisch entschieden, sie weiter zu nutzen. Und 2022 im Frühjahr, als es damals diesen berühmten Prüfvermerk gab aus dem Wirtschaftsministerium und dem Umweltministerium, da haben wir dafür geworben, dass wir auch die drei, die gerade erst vom Netz gegangen waren, die auch technisch noch in der Lage gewesen wären, sie wieder ans Netz zu holen, dass wir die sechs Kernkraftwerke weiter nutzen, das hätte uns rund 10% unseres Energiebedarfs grundlastfähig abgedeckt, und das hätten wir gerne gemacht. Zumindest für die Zeit, bis dann die erneuerbare Energie mehr ausgebaut ist, aber das werden wir nicht in zwei oder drei Jahren schaffen.

**mi:** Verstanden. Jetzt muss ich bitte nochmal die Frage stellen: Was uns zusammengebracht hat für dieses Gespräch, war der Aufruf von Herrn Haferburg aus dem Januar 2024: 'Rettet Isar 2'. Herr Haferburg hat argumentiert, dass ein Fadenriss, ich nenne das Wort jetzt mal, also ein Stilllegen und Rückbauen von Isar 2, dazu führen würde, dass Deutschland das nicht mehr tun kann, was Sie gerade beschrieben haben, also die Möglichkeit zur Weiternutzung der bestehenden Anlagen. Jetzt haben wir eine neue Situation seit dem 21. März. Da hat das bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz verfügt, dass dem Antrag auf Stilllegung und Abbau der Anlage Isar 2 stattgegeben wird. Mit anderen Worten, kommen wir da jetzt ein bisschen spät, Herr Dr. Wiener?

**KW:** Na ja, was heißt spät? Ich sage es noch einmal: Wir haben das Ganze ja seit 2022 vorangetrieben. Seit März 2022, als klar war, dass russisches Gas nicht mehr in diesem Umfang zur Verfügung steht, seitdem haben wir das konsequent verfolgt. Sie können sich auch mal meine Reden dazu in der Mediathek des Bundestages anhören. Die Linie, die ich hier aufgezeigt habe, ist die pragmatische Weiternutzung der Möglichkeiten in der Krise und das Offensein für Weiterentwicklungen. Aber es ist nicht die Position unserer Fraktion im Moment, Reaktoren der Technologie, wie sie Isar 2, Emsland oder Neckar-Westheim darstellt, neuzubauen.

**mi:** Ja, verstanden. Allerdings ist ja der Bescheid, den wir jetzt bekommen haben, gleichbedeutend mit dem Ende der Atomkraft in Deutschland.

**KW:** Ja.

**mi:** Und das bedeutet in gewisser Weise, dass dieser Punkt, dass Sie die Atomkraft derzeit als Option offen halten wollen, obsolet geworden ist.

**KW:** Na ja, die Frage ist, was verstehen Sie unter Kernkraft? Die Nutzung unter der Generation 2, wie sie aktuell am Netz war, oder die Weiterentwicklungen? Sie können ja auch die Rückbaugenehmigung nicht auf Dauer verwehren. Sie müssen sehen, wenn Sie so ein Kraftwerk vorhalten, das keinen Strom produziert, haben Sie jährliche Kosten von rund 200 Millionen Euro. Irgendjemand muss diese Kosten stemmen. Das war ein Bundesgesetz. Man hat gesagt, wir steigen aus. Und dann kann auch eine Landesbehörde nicht ewig diese Rückbaugenehmigung vorenthalten. Die Fakten wurden von der aktuellen Regierung geschaffen. Sie hat gesagt, wir steigen bis zum 15. April 2023 definitiv aus. Ja, und jetzt wurden sie seit einiger Zeit vorgehalten. Aber da ist einfach der Punkt erreicht, wo man die Kosten nicht länger stemmen kann.

Ich halte das für keine glückliche Entscheidung. Wir haben immer wieder mit Anträgen zur Änderung des Atomgesetzes dafür geworben, dass wir ein Rückbau-Moratorium machen, dass wir weiter nutzen. Aber die Mehrheitsverhältnisse sind, wie sie sind. Wir sind die CDU, wir sind in der Opposition. Wir möchten das so schnell wie möglich wieder ändern, aber im Moment haben wir keine Mehrheit. Und deshalb konnten wir nichts anderes tun, als einzufordern, dass wir die drei bestehenden Kernkraftwerke weiter nutzen. Aber dass die Entscheidung jetzt so auf diese Weise getroffen wurde, da haben wir das Bundesumweltministerium allen voran und das Wirtschaftsministerium, die sich so positioniert haben.

**mi:** Ja danke für diese lange Antwort, die ja der Tatsache geschuldet ist, dass ich so viel nachgebohrt habe. Ich würde Ihre Antwort trotzdem gerne nochmal aufteilen in zwei Aspekte. Der eine ist der Aspekt, was musste man tun? Das ist eine Frage, die ich nicht gerne an Herrn Haferburg weitergeben möchte. Wie die rechtliche Situation aussah, das soll jetzt nicht im Vordergrund stehen. Vielleicht kommen wir noch dazu. Aber zur Frage, was bedeutet dieser Rückbaubescheid, den wir seit dem 21. März in Bezug auf Isar 2 haben, möchte ich Herrn Haferburg gerne das Wort geben.

**MH:** Ich könnte Herrn Dr. Wiener nicht mehr zustimmen, als dass es sehr sinnvoll gewesen wäre, die letzten drei oder sechs Kernkraftwerke weiter zu nutzen. Das wäre die billigste aller Varianten gewesen. Es hätte gleichwohl zwei bis drei Jahre gedauert, bis man die wieder hätte anfahren können, weil man ja inzwischen in der Nähe des Fadenrisses angekommen ist. Oder jetzt ist eigentlich der Faden durchgeschnitten worden. Also Rückbau des letzten Kernkraftwerkes, was bedeutet das eigentlich? Da kommen jetzt die Männer mit den Sägen und den Trennjägern und schneiden Rohrleitungen kaputt und bauen Pumpen aus, die bestfunktionierenden Pumpen, reißen Armaturen raus, die dicht schließen, zerstören Elektronik, die Leittechnik des Kraftwerks. Das ist natürlich ein Vorgang, der eine ungeheuerliche Vernichtung von Investitionskapital darstellt. Die billigste Lösung wäre gewesen, diese Kraftwerke weiter zu betreiben. Was bedeutet es, wenn wir jetzt die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abschalten? An dem Fadenriss arbeiten die Grünen ja schon viele Jahre. Sie haben über eine Verbotspolitik die Wiederaufbereitung untersagt. Sie haben die Forschung an der Kernenergie unterbunden. Sie haben die Hochschulen austrocknen lassen. Jetzt geschieht folgendes: Wenn das letzte Kernkraftwerk nicht mehr am Netz ist und nicht mehr wieder anfahrbereit gehalten werden kann, dann verlernen die Betreiber Kernkraftwerke zu betreiben. Das heißt, dass das lizenzierte Personal, das sind die besten Technologen der Welt, die eine Unmenge von staatlichen Prüfungen hinter sich haben, sich anders orientiert. Sie sind in großem Umfang schon weg. Ich finde sie häufig in der Schweiz wieder, in den Schweizer Kernkraftwerken. Sie müssen ja irgendetwas machen. Oder sie gehen in den Vorruhestand. Das Personal dünnt aus. Derzeit ist es schon so, dass man nicht mehr genug Personal hat, um das Kernkraftwerk Isar anzufahren. Da müsste man schon wieder neue Leute ausbilden und alte aus dem Ruhestand holen.

Das zweite ist die Behörde. Die Behörden müssen genauso klug sein wie der Betreiber. Die Behörde muss ja die Atomaufsicht führen. Dort gibt es hochspezialisierte Leute. Ein Kernkraftwerk ist keine Küchenmaschine. Jedes Teil eines Kernkraftwerks ist lizenziert und spezifiziert. Und es gibt Experten, die das kontrollieren können. Und wenn diese Notwendigkeit nicht mehr existiert, orientieren sich diese Leute neu. Die Schulungseinrichtungen für die Kernkraftwerke, um das Personal wiederherzustellen, waren die Universitäten und die Kraftwerk-Simulator-Gesellschaft in Essen. Die Universitäten – ich glaube, wir haben noch acht Lehrstühle in Deutschland – die können Kernenergetiker, wie ich einer bin, ausbilden. Wir haben über 100 Lehrstühle in Gender – das nur nebenbei. Und da junge Leute sich jetzt nicht mehr entscheiden, Kernenergetik zu studieren, werden diese Lehrstühle natürlich entfallen, und dadurch fehlt der Nachwuchs für die Betreiber und für die Erbauer, und auch für die Kontrolleure, für die staatliche Atomaufsicht, das ist der nächste Punkt. Denn die Kraftwerk-Simulator-Gesellschaft, die wir in Deutschland hatten, in Essen-Kupferdreh, hatte ein Gebäude, da standen 17 Simulatoren drin, in einem ungeheuren Wert. Das war die höchste Konzentration praktischer Ausbildung für Kernenergetiker für Kernkraftwerke weltweit. Wir waren dort Weltführer. Und das wird am Jahresende liquidiert. Die Simulatoren werden verschrottet, sie werden nicht mehr gebraucht. Das geht alles den Bach runter.

Die Hersteller: Vor 15 Jahren waren wir weltweit führend bei der Herstellung von Atomkomponenten und Kernkraftwerken. Wir haben den Konvoi-Typ mitentwickelt. Und auch die Hersteller orientieren sich neu. Sie bauen jetzt etwas anderes. Sie bauen, was weiß ich, Windräder nicht, aber sie bauen etwas anderes. Und wir können dann nicht mehr herstellen. Die einzige Option, die uns jetzt noch bleibt, ist, wenn es in etwa drei Jahren so weit ist, dass es nicht mehr rückholbar ist, dass wir, wenn wir wieder Kernkraftwerke betreiben wollen, welche kaufen. Bei den Russen, bei den Chinesen, den Japanern, den Amerikanern und den Koreanern. Aber wir können sie auch nicht mehr betreiben. Wir müssen sie auch durch diese betreiben lassen. Man schüttet die alten Brunnen zu, bevor die neuen Wasser geben. Wenn man jetzt die Kernenergie, so wie Herr Dr. Wiener das vorgeschlagen hat, wieder anfahren will in Deutschland, dann dauert es nach meiner Einschätzung 20, 25 Jahre, wenn diese drei Jahre herum sind.

**KW:** Aber ich muss an der Stelle nochmal einhaken. Zur Klarheit: Ich habe nicht vorgeschlagen, die Kernenergie auf Basis der bestehenden Technologie wieder anzufahren. Das ist auch nicht unsere Position als Fraktion. Ich werbe dafür, dass wir bei Weiterentwicklungen, also wenn wir über die SMRs nachdenken, über die AMRs, über die Kernfusion, dabei sind in dem Sinne, dass wir an der Forschung teilnehmen, und wenn sich diese Technologie als vielversprechend erweist, im Sinne von sicherer, im Sinne von weniger Atomabfall, dann sollten wir dabei sein. Aber ich werbe nicht dafür, und das tun wir auch nicht als Fraktion, dass wir die bestehende Technologie nochmal aufleben lassen im Sinn von 'Wir bauen ein Kernkraftwerk der bestehenden Generation komplett neu'. Das ist zu teuer, das dauert viel zu lange. Bis dahin sind wir, glaube ich, mit anderen Energieformen sehr viel weiter.

Wir unterstützen ja auch, das möchte ich klar sagen, ganz massiv den Ausbau der Erneuerbaren. Wir sagen, das ist der Weg der Zukunft. Die Frage ist nur, und deswegen haben wir uns für einen temporären Weiterbetrieb ausgesprochen, können wir es so machen, dass wir in den kommenden Jahren genügend Energie haben. Und Energie – das ist auch sehr wichtig, da spreche ich nochmal als Volkswirt hier – zu bezahlbaren Preisen. Ich habe neulich mit einem Professor aus dem Bereich gesprochen, der sich sehr um den Ausbau der erneuerbaren Energien kümmert. Der hat gesagt, wenn wir alles zusammenrechnen, die Kapazitätskosten, die Verteilnetze, die Fernnetze, die Gaskraftwerke, die wir zusätzlich brauchen, wenn wir das alles mit reinrechnen und über die Systemkosten der Erneuerbaren nachdenken, dann werden wir uns darauf einstellen müssen, dass die Energie in Deutschland relativ teuer bleibt. Und da muss ich sagen, als Volkswirt bekomme ich da immer einen leichten Schock. Denn wir stehen im internationalen Wettbewerb. Wir brauchen nicht nur sichere, wir brauchen auch bezahlbare Energie. Das Narrativ von wegen 'Die Sonne schickt keine Rechnung' stimmt einfach nicht. Verbunden mit den Erneuerbaren gibt es auch Systemkosten, die müssen wir besser in den Griff bekommen. Wir meinen, es wäre jetzt pragmatisch gewesen zu sagen, wir nutzen das Angebot, das wir in der Krise haben, aber kein neuer Einstieg.

**MH:** Sie haben vollkommen Recht, dass Sie sagen, die Weiternutzung wäre die billigste aller Lösungen. Gleichwohl werden 53 Kernkraftwerke der Generation 3 derzeit neu gebaut.

**mi:** Herr Haferburg, darf ich kurz einhaken? Ich hätte zwei Fragen, eine an Herrn Dr. Wiener und eine an Sie. Aufgrund des begrenzten Zeitbudgets würde ich die gerne kurz einbringen. Sie bekommen am Ende noch einmal die Gelegenheit zum Statement. Herr Dr. Wiener, Sie sagen, Nichtwiederanfahren ist die Position, das habe ich verstanden. Also kein Neueinstieg.

**KW:** Kein Neueinstieg, da müssen wir semantisch sauber sein. Wieder anfahren bezieht sich auf die alten. Kein Wiedereinstieg im Sinne von Neubau der Generation, die zuletzt am Netz war, genau.

**mi:** Aber wir haben ja zuletzt die Position gehabt, dass die Atomkraft an ausgewählten Standorten weiterlaufen sollte. So hat ja auch der bayerische Umweltminister Glauber argumentiert. Die Rückbaugenehmigung zu erteilen, hielt er für falsch. Er hat es gemacht, aber die Entscheidung hält er für falsch. Diesen Standpunkt teilen Sie ja. Sie sagen, Isar 2 hätte nicht zurückgebaut oder die Genehmigung zum Rückbau hätte zum jetzigen Zeitpunkt nicht erteilt werden sollen. Denn damit bewegen wir uns in Richtung auf einen Komplettausstieg, und das ist etwas anderes als ein Neueinstieg. Also wenn Sie sagen, wir wollen nicht wieder anfahren, dann bezieht sich das nicht auf Isar 2. Isar 2 würden Sie schon gerne zumindest als Option wieder anfahren lassen wollen. Sehe ich das richtig?

**KW:** Nochmal, wir haben zwei Jahre dafür geworben, dass wir die drei, die noch am Netz waren, und die drei, die gerade angeschaltet waren, weiter nutzen, damit wir durch diese schwierige Phase kommen, die wir jetzt gerade erleben. Nach wie vor ist das Energieangebot nicht hinreichend. Wir haben zwar im Moment genügend Energie. Aber wir fahren auf Kante. Da darf nichts passieren. Keine Infrastrukturprobleme und dergleichen. Deswegen haben wir gesagt, wir müssen die Möglichkeiten, die wir haben, in der Krise weiter nutzen. Das muss man aber klar trennen von einer Initiative komplett neu zu bauen, weil wir auch da wissen, dass die Kosten einer Kilowattstunde, wenn wir jetzt hingehen würden und sagen würden, wir wollen ein neues Isar 2 bauen, die Kosten für eine Kilowattstunde so hoch liegen würden, und es würde so viel Zeit dauern, dass das für uns im Moment schwierig ist. Aber der dritte Aspekt ist, vorwärts zu schauen, kleine modulare Reaktoren, Kernfusion. Wir sollten als Industrieland nicht sagen, da sind wir nicht dabei. Wir sollten uns Forschung weiter gönnen.

**mi:** Ich verstehe. Denken wir mal ein wenig rosig, so dass die Krise überwunden wäre, der Krieg in der Ukraine hoffentlich bald vorbei ist. Und alle anderen Krisen in der Welt, zumindest diejenigen, die die Energiepolitik des Landes massiv bedrohen und beeinträchtigen, haben wir unter Kontrolle. Dann wären Sie nicht für die Fortsetzung dieser Option auf lange Sicht. Dann würden Sie sagen 'Nein, es war eine vorübergehende Operation, für die wir uns entschieden haben'.

**KW:** Das war ein temporärer Weiterbetrieb, für den wir geworben haben.

**mi:** Herr Haferburg, ich glaube, wir haben in der Sache einen Dissens. Sie wären, glaube ich, für einen Neueinstieg. Hier ist allerdings nur entscheidend, wo genau die Trennlinie läuft. Und ich glaube, wir haben das jetzt geklärt.

Was mich interessieren würde, Herr Haferburg, ist: Sie sagen, wenn ich Sie richtig verstehe, im Falle eines Neueinstiegs, wenn eine Mehrheit im Bundestag, sagen wir eine zukünftige Bundesregierung, wieder einsteigen möchte, oder dass sie möglicherweise ein wenig dauerhafter Atomenergie verwenden möchte, dann wird das nicht möglich sein nach dem Fadenriss, den wir jetzt haben.

**MH:** Ich würde gerne anfangen damit, was es bedeutet, wenn wir die kleinen modularen Reaktoren ausbauen wollen. Nur zu, Herr Dr. Wiener, machen Sie das. Ich bin im technischen Beirat des Dual Fluid Reaktors, und die sind emigriert, weil es in Deutschland keine Chance gibt. Sie sind erst nach Kanada gegangen und versuchen es jetzt in Kigali. Aber wissen Sie was? Es fehlen ihnen 70 Millionen Euro, um ihren Prototypen, ihren Demonstrator zu bauen, nicht einmal die kriegen sie. Also da können Sie gerne einsteigen als Politiker und helfen.

Um Ihre eigentliche Frage zu beantworten: Was wir machen müssten gegenwärtig, wäre, die Kraftwerke wieder anfahrbar zu halten. Die Druckgefäße dürfen nicht zerstört werden und die wesentlichsten Bauteile. Dann könnten wir sie innerhalb von 3 Jahren wieder anfahren. Das Kraftwerk Isar kann für 30 Jahre Strom erzeugen, und zwar für 5 Eurocent pro Kilowattstunde oder weniger. Das hat Preußen Elektra ja der Regierung angeboten. Das würde uns die nötige Brückenzeit geben. Wir würden die Kompetenz erhalten, und wir könnten dann eine fachliche Entscheidung fällen. Derzeit sind wir ja mutterseelenallein auf dem Weg. Sie brauchen sich nur an die vorige Woche zu erinnern, die 30 Staatschefs oder die 32 Staatschefs, die die Forcierung der Kernenergie beschlossen haben. Das sind ja nicht alles Dummköpfe.

**KW:** Richtig. Nein, also da habe ich auch sehr viel Sympathie für diese Position. Und wir werben auch dafür, dass wir uns damit auseinandersetzen und versuchen, am Ball zu bleiben. Aber am Ende, das sage ich Ihnen auch, ist die härteste Währung immer die Mehrheit in einer Demokratie und die haben wir im Moment halt nicht. Deswegen gehen wir den Weg, den wir gehen.

Ich weiß, international wird das als Sonderweg gesehen, den Deutschland gerade geht, und es ist sicher auch etwas, worüber ich mich sehr ärgere, wenn ein so großes Volksvermögen vernichtet wird. Die abgeschriebenen Kernkraftwerke haben immer noch einen Restwert von 35 bis 40 Milliarden Euro, individuell. Man möge sich das mal überlegen, dreimal 35 oder dreimal 40 Milliarden Euro, 120 Milliarden Euro Volksvermögen, das wir jetzt mutwillig zerstören in einer der größten Energiekrisen der Nachkriegsgeschichte. Das ist schon bemerkenswert, was die Ampel-Regierung hier macht, aber Mehrheiten entscheiden.

**MH:** Nun, ich muss einen kleinen Tropfen Essig in Ihren Wein gießen. Sie haben, also Ihre Fraktion hat ja im Bundestag im Dezember letzten Jahres gegen den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke gestimmt, weil der Antrag von der falschen Partei kam.

**KW:** Das ist nochmal ein anderes Thema.

**mi:** Ja, das müssen wir jetzt auch nicht wirklich vertiefen. Aber der Punkt, Herr Dr. Wiener, von der volkswirtschaftlichen Seite her, der ist natürlich interessant: Was für Kosten bringt das mit sich? Da stimmen Sie, glaube ich, in das gleiche Horn, in das auch Herr Glauber gestoßen hat. Der hat ja den Abbau verglichen damit, dass man einen kerngesunden 50-Jährigen in die Rente schickt. Das ist ja ein relativ sprechendes Bild.

**MH:** Es ist ein 35-Jähriger, actually.

**mi:** Ja, also, sagen wir ein Best Ager. Vielleicht können wir uns darauf einigen. Es ist ja gut, wenn man dem Ganzen noch etwas Humoriges abgewinnen kann.

Ich wollte gerne nochmal den Schlenker machen zur Frage der Unausweichlichkeit. Herr Dr. Wiener, Sie haben angedeutet, das sei ja so gewesen, dass das hier eine Entscheidung ist, die durch ein Bundesgesetz vorbestimmt war ein Stück weit. Das ist ja teilweise richtig, weil wir mit dem Atomgesetz die Genehmigungspflicht haben, bundesgesetzlich vorgegeben, für alles, was mit dem Betrieb von Nukleartechnologie zu tun hat. Dazu gehört nicht nur der Bau einer Anlage, sondern auch der Rückbau einer Anlage. Insofern Ja, stimmt.

Jetzt ist es allerdings ja so, dass diese Gesetze häufig ausgeführt werden, wie auch in diesem Fall, durch die Länder. Das heißt, es ist eine Auftragsverwaltung. Und in der Auftragsverwaltung ist es so, dass der Bund eine Weisung erteilen kann – das muss er dann aber erstmal machen. Und das Land – wir reden ja hier von einem Freistaat, dem Freistaat Bayern, der ist ja nicht so leichtgängig, dass er alles mit sich machen lässt – kann durchaus Fragen aufwerfen im Hinblick auf Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit und dergleichen. Auch vor dem Hintergrund einer aktuellen Krisensituation. Und wenn es dann Streitigkeiten gibt im Verhältnis Bund und Land über die Auslegung eines Gesetzes, dann kann man die auch klären lassen. Zuständig wäre das Bundesverfassungsgericht in einem regulären Organstreitverfahren. Das wäre also machbar gewesen.

Mit anderen Worten, dass Herr Glauber sich jetzt hingestellt und gesagt hat, das sei eine Vorgabe des Bundes gewesen, das ist vielleicht ein bisschen halbrichtig. Das Verfahren ist bundesgesetzlich determiniert. Aber selbstverständlich kann man die Dinge hinterfragen. Und man braucht nicht besonders viel juristische Fantasie dafür. Ich will nur kurz andeuten: Der Antrag auf Stilllegung und Rückbau wurde 2019 gestellt. Damals gab es ja die Berechtigung zum Leistungsbetrieb bis zum Ende des Jahres 2022. Dann wurde ja nochmal verlängert.

**KW:** Ja, um dreieinhalb Monate.

**mi:** Richtig. Das heißt, über den Antrag von 2019 ist zu einem Zeitpunkt entschieden worden, als der Weiterbetrieb schon gewesen war. Das könnte den Antrag etwas modifiziert haben. Mit anderen Worten, dass ich den Antrag von 2019 nehme, um im Jahr 2024 zu sagen, dass das jetzt zum Rückbau der Anlage führen muss, ist nicht unbedingt zwingend.

**MH:** Vielleicht darf ich hier etwas einwerfen: Das Kernkraftwerk Krümmel wartet seit 10 Jahren auf seine Rückbaugenehmigung. Die Kollegen, die dort arbeiten, wissen vor Langeweile nicht, was sie machen sollen. Die putzen die Rohrleitung weiter.

**mi:** Ja, deswegen die Frage an Sie, Herr Dr. Wiener. Das ist jetzt ein bisschen schief, weil Sie weder die CSU zu vertreten haben, noch den Umweltminister Bayerns. Aber umso freier können Sie ja jetzt Ihre Meinung vertreten.

**KW:** Ich würde mal vorwegschicken: Ich bin kein Jurist, ich bin Volkswirt. Gerade bei diesen Fragen sind wir oft in einem Bereich, wo es Sinn macht, sich rechtlich Rat zu holen, wie dann tatsächlich der aktuelle Stand ist, was sinnvoll ist.

Ich glaube, dass mit dem Bundesgesetz Fakten geschaffen wurden. Ich sehe auch nicht, dass, wenn sich Mehrheiten nicht ändern, dass sich an dem Wunsch, das jetzt zurückzubauen, etwas ändert. Nochmal: Wir, die CDU-Bundestagsfraktion, haben dafür geworben, im Schulterschluss mit der CSU-Bundestagsfraktion, dass wir ein Rückbau-Moratorium bekommen. Es geht ja auch nicht nur um Isar 2, sondern um Neckar-Westheim, um das Emsland, als Kernkraftwerke, die in einem guten Zustand waren. Das sind ja diese drei Konvoi-Anlagen, die zur gleichen Zeit gebaut wurden, relativ jung noch. Was wäre so schlimm daran gewesen, diese drei Kernkraftwerke eine Zeit lang weiter zu nutzen? Es hätte auch noch einen weiteren positiven Aspekt: Ich werbe ja immer wieder dafür, dass wir als großes Industrieland dabei sein sollten, wenn es um Forschung und Weiterentwicklung geht. Wenn wir noch drei gehabt hätten, hätten wir natürlich auch eine ganz andere Stimme gehabt und andere Möglichkeiten. Jemand hat mir mal von einem Lehrstuhl gesagt, dass es auch dafür sinnvoll gewesen wäre, noch ein paar Atomkraftwerke zu haben.

Das macht man jetzt nicht. Das finde ich bedauerlich, aber so sind die Mehrheiten im Moment. Ich glaube, diese Strategie, den Rückbau um Jahre hinauszuzögern, ist schwierig, denn irgendjemand muss ja auch die Kosten tragen. Und nochmal, ein Kernkraftwerk, das stillgelegt ist, also keinen Strom mehr produziert, aber dann letztlich mit dem gleichen Personal überwacht und gepflegt werden muss, kostet jährlich 200 Millionen Euro, und dann stellt sich die Frage, wer trägt diese 200 Millionen. Die Betreiber sagen, das wollen wir nicht mehr. Wie auch überhaupt die Betreiber uns sagen, wir wollen keine Kernkraftwerke mehr betreiben, weil wir aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre die Planungssicherheit nicht mehr hatten, die wir brauchten. Das wäre dann wahrscheinlich der nächste Aspekt: Man müsste sich überlegen, wer in Deutschland überhaupt ein Kernkraftwerk noch betreiben würde? Müsste da am Ende vielleicht eine staatliche Lösung her? Davon bin ich nie ein großer Freund. Schwierig – viele Fragen!

**mi:** Ja, wobei zu einem Teil dieser Fragen Herr Haferburg schon etwas gesagt hat. Stichwort Fachkräfte: Die gibt es gar nicht mehr. Natürlich wird ein Betreiber seine Anlage zurückbauen wollen, wenn er das Personal nicht mehr hat. Es bleibt ihm dann gar nichts anderes übrig. Die Behörden brechen weg. Die Unausweichlichkeit ist irgendwann nicht mehr zu negieren. Dann wird man als volkswirtschaftlich oder betriebswirtschaftlich denkender Unternehmer natürlich die Reißleine ziehen, eher früher als später. Nur hatten wir ja argumentiert im Sinne der Kostenstruktur und der Frage, wie lange dieses Kraftwerk noch hätte laufen können, wie lange es noch Kosten hätte sparen können. Und da hatten Sie auch gesagt, das Ergebnis hätte unterm Strich noch für eine Reihe von Jahrzehnten volkswirtschaftlich vernünftig sein können.

**KW:** Ja, darauf weise ich auch immer wieder hin. Diese Entscheidung, das nicht zu tun, und der volkswirtschaftliche Schaden, der damit einhergeht, die politische Verantwortung dafür müssen diejenigen tragen, die diese Entscheidung getroffen haben.

**mi:** Ja. Bis hin zum bayerischen Staatsministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz.

**KW:** Das haben Sie gesagt.

**mi:** Genau. Das sage ich deshalb, weil Sie vorhin den rechtlichen Verpflichtungscharakter aufgeworfen hatten. Da ist mir wichtig zu betonen, den kann man ein Stück weit hinterfragen.

Aber interessant finde ich auch, Herr Dr. Wiener, Sie haben klar gesagt, es hat ein Prozess des Umdenkens stattgefunden, wie es einer bürgerlichen Partei, glaube ich, gut ansteht. Und da kann man vielleicht die Frage stellen, wie weit der geht?

**KW:** Ja.

**mi:** Zu Ende wird so ein Prozess ja nie sein, man muss sich ja permanent auf den Prüfstand stellen, nicht wahr?

**KW:** Ja.

**mi:** Und vielleicht ist da auch noch im Sinne von Herrn Haferburg Musik im Spiel. Deswegen will ich den Ball gerne nochmal rüberspielen zu Herrn Haferburg.

Sie hatten vorhin gesagt, es könnte auch in Teilen schon zu spät sein. Es kann auch sein, dass der Zug für Deutschland als Hochtechnologieland für den Bereich Atomenergie abgefahren ist. Da habe ich aber noch nicht genau verstanden, ob Sie das auch für die Kleinreaktoren so sehen würden oder für die innovativen Reaktoren, die SMR, die AMR. Kernfusion können wir vielleicht mal ausklammern. Aber die neuen Reaktoren, diese kleineren, braucht man da auch eine so große Behördeninfrastruktur oder geht das schneller als 20 Jahre?

**MH:** Nein, da braucht man auch eine Behördeninfrastruktur, es ist ein ganz normales Kraftwerkgenehmigungsverfahren, das durchgezogen werden muss. Es gibt derzeit in den USA einen SMR-Typ, der ein zertifiziertes Genehmigungsverfahren hinter sich hat, der gebaut werden kann. Da streitet man sich derzeit um die Baukosten. Der Charme dieser kleinen Reaktoren ist die Serie. Wenn Sie einmal eine Genehmigung erlangt haben, dann würde die ausweitbar sein auf die Folge-Reaktoren.

So war es eigentlich auch bei den Konvoi-Kraftwerken. Die Bauzeit dieser Kraftwerke war sechs Jahre. Die langen Bauzeiten von Olkiluoto und Hinckley und Flamanville liegen nicht daran, dass wir keine Kernkraftwerke mehr bauen können, die liegen daran, dass die Behörde das nicht mehr genehmigen kann, weil sie während der Bauphase über 100 Änderungen haben machen lassen. Wir können ja auch keinen Bahnhof mehr bauen und keinen Flughafen. Das hat mit der Technologie nichts zu tun.

**mi:** War das Ihr Schluss-Statement, Herr Haferburg?

**MH:** Das war noch lange nicht mein Schluss-Statement!

**mi:** Dann müsste ich vielleicht Ihr Schluss-Statement in den Anhang verlegen. Weil ich jetzt nicht weiß, ob wir Herrn Dr. Wiener noch länger haben dürfen. Wir hatten gesagt, wir kalkulieren eine Dreiviertelstunde für dieses Gespräch. Die haben wir jetzt, glaube ich, erreicht. Deswegen würde ich ihnen beiden gerne die Gelegenheit geben wollen, noch einmal ein oder zwei Sätze zu sagen.

Ich darf von meiner Seite oder von der Seite unserer Mittelstandsredaktion sagen, dass ich Ihnen beiden herzlich danken möchte für die Offenheit, gerade auch, weil wir es mit einem Dissens zu tun haben. Aber wie wir gesehen haben, muss ein Dissens, der einmal da ist, nicht einer für die Ewigkeit sein. Alles bewegt sich ein Stück weit. Und was ich sehr spannend fand, Herr Dr. Wiener, war, dass Sie gesagt haben, und auch Herr Haferburg, wir haben es mit Währungen zu tun. Die härteste politische Währung ist die Wählerstimme, das ist sonnenklar. Aber wir haben auch eine technologische Währung und wir haben eine volkswirtschaftliche Währung. Und irgendwie muss man da verschiedene Bälle jonglieren. Da wollen wir mal hoffen, dass Ihnen, uns, das gelingt, da muss man ja beinahe im Plural sprechen. Das wäre mein Schlussgedanke dazu. Nochmal herzlichen Dank an Sie beide, und gerne noch Ihr Schluss-Statement, wenn Sie möchten.

**KW:** Herr Haferburg, wollen Sie anfangen?

**MH:** Ich würde Ihnen antragen, sich die fehlenden Mehrheiten zu suchen. Es ist ja ein Mehrheitsproblem, da stimme ich Ihnen zu. Aber wenn man das Geschäft ernsthaft betreiben würde, gäbe es auch Mehrheiten für den Weiterbetrieb. Der Wind hat sich gedreht, nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland. Mein Appell an die CDU/CSU: Suchen Sie sich Mehrheiten, damit Sie diesen volkswirtschaftlichen Schaden verhindern. Das würde sehr viel für Deutschland bringen.

**KW:** Ja, ich möchte zum Abschluss sagen, dass mich die aktuelle Situation als Volkswirt sehr umtreibt. Wie ist es um die industrielle Basis in Deutschland bestellt? Die Probleme, die wir haben: Ausländische Direktinvestitionen, es fließt mehr Kapital ab, als nach Deutschland kommt. Und ich glaube, wir brauchen im Moment viele Antworten auf viele drängende Fragen. In dem Bereich Energie werbe ich für zwei Dinge: Pragmatismus und Technologieoffenheit. Ich finde, wir dürfen jetzt keine ideologischen Debatten führen, sondern wir müssen das tun, was für das Land das Beste ist. Dazu gehört, dass wir Sicherheit in der Energieversorgung haben, dass wir einen geringen CO2-Ausstoß haben, und dass wir bezahlbare Energie haben. Das müssen wir irgendwie hinbekommen.